

# Löhne erhöhen – Binnennachfrage stärken!

## Wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Tarifrunden Ende 2014 und 2015

### Inhaltsübersicht

Weniger Wachstum **1**

Schwache Binnennachfrage **3**

Weltwirtschaft schwächer,  
Euroland kriselt **5**

Öffentliche Finanzen:  
Spielräume nutzen **7**

Kräftige Lohnzuwächse  
sichern Erholung **9**

### Weniger Wachstum

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland kommt nicht recht in Schwung. Noch im Frühjahr hatte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel anlässlich der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts freudig erklärt: „Die deutsche Wirtschaft ist auf einen stabilen und breit angelegten Erholungskurs eingeschwenkt. Die Dynamik der deutschen Binnenwirtschaft ist nicht nur eine gute Nachricht für Deutschland, sondern auch für unsere Partner in Europa.“ Der Sachverständigenrat und die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute hatten im Frühjahr ihre Wachstumsprognosen für 2014 noch auf 1,9 Prozent hochgesetzt.

Auch für die Beschäftigten gab es gute Nachrichten: Die realen Arbeitnehmerentgelte, also die gesamten Bruttolöhne und -gehälter inklusive der Sozialbeiträge der Arbeitgeber, stiegen wieder. Nach 2000 waren sie zunächst gesunken,

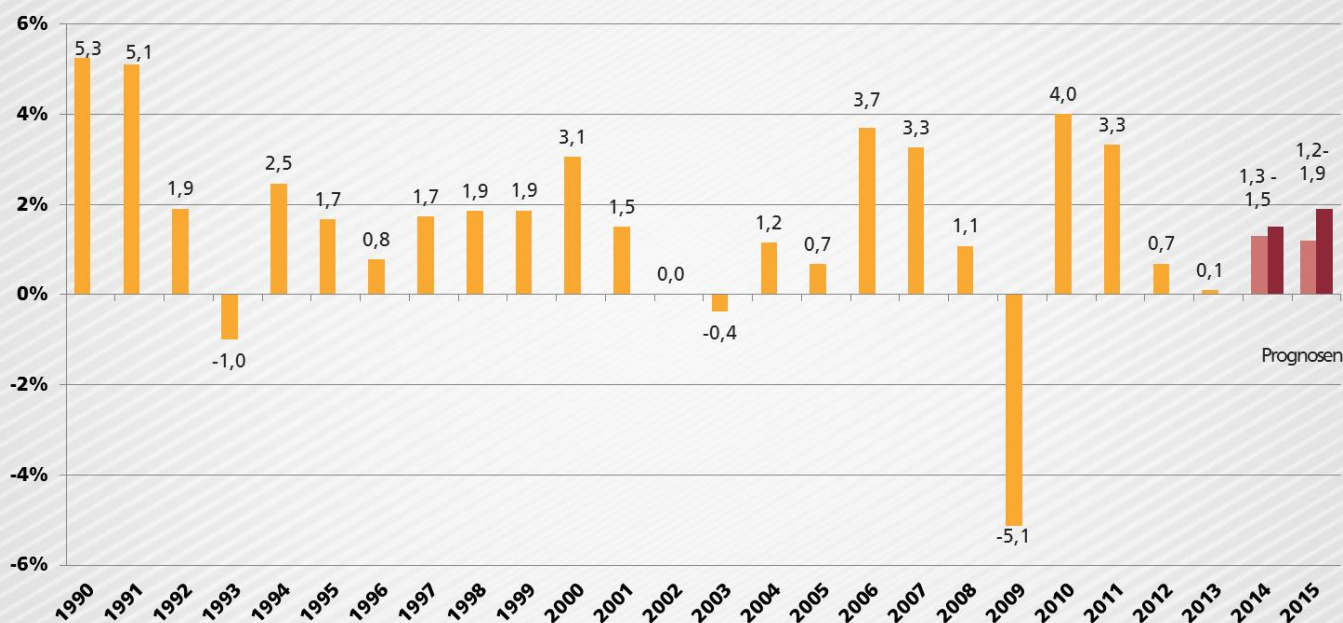
um dann bis 2009 nicht vom Fleck zu kommen. 2012 und 2013 war es in Tarifverhandlungen gelungen, den verteilungsneutralen Spielraum nicht nur auszuschöpfen, sondern auch eine darüber hinausgehende Lohnsteigerung durchzusetzen. Damit erhielt auch das gesamte Arbeitnehmerentgelt einen Schub, und die vorangegangene Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen wurde ein Stück weit korrigiert.

Ende 2014 trüben sich die Aussichten jedoch wieder ein. Das *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)* sieht den Wachstumskurs sogar erst einmal als „ausgesetzt“. Die Wachstumsprognosen für 2014 und 2015 werden nach unten korrigiert. In der aktuellen Gemeinschaftsdiagnose der Institute (GD) von Oktober wird für 2014 nur noch ein Wachstum von 1,3 Prozent

erwartet, für 2015 sogar nur noch von 1,2 Prozent. In der GD vom Frühjahr 2014 wurden noch mit 1,9 Prozent für 2014 und 2,0 Prozent für 2015 gerechnet. Das *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)* hat seine Wachstumsprognosen ebenfalls gesenkt, ist aber etwas optimistischer. Für 2014 prognostiziert das IMK noch ein Wachstum von 1,5 Prozent, für 2015 von 1,9 Prozent. Gleichzeitig betonen die Düsseldorfer Konjunkturforscherinnen und -forscher aber, dass „jederzeit eine rezessive Tendenz auf Deutschland übergreifen“ könnte. Auch die Bundesregierung geht in ihrer aktuellen Jahresprojektion nur noch von einem Wachstum von 1,2 Prozent für 2014 und 1,3 Prozent für 2015 aus. Ein „stabiler und breit angelegter Wachstumskurs“ sieht anders aus. Was sind die Ursachen?

### Wachstumsraten in Deutschland

Reale Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in Prozent



ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Prognosen 2014/15: IMK und Gemeinschaftsdiagnose (GD), jeweils Herbst 2014

## Schwache Binnennachfrage

In der aktuellen Gemeinschaftsdiagnose wird das stagnierende deutsche Wachstum u.a. auf den gesetzlichen Mindestlohn zurückgeführt. Belege hierfür werden allerdings nicht geliefert – im Gegenteil. Die Konjunktexperten weisen sogar darauf hin, dass der Mindestlohn die Lohnsumme erhöht. Angesichts der Binnennachfrageschwäche und der in der Vergangenheit erfolgten Umverteilung zulasten der abhängig Beschäftigten müsste dies eigentlich als Erfolg bewertet werden. Gleiches gilt für die Einschätzung, dass der Mindestlohn die Preise um 0,2 Prozentpunkte steigen lässt. Wegen drohender sinkender Preise (Deflation), welche die Kaufzurückhaltung verstärken würden, ist auch das eine gute Nachricht. Derartige positive Bewertungen fehlten jedoch.

Wie ideologisch die Argumentation ist zeigt sich daran, dass für eine sich jetzt abschwächende wirtschaftliche

Entwicklung ein erst im kommenden Jahr greifender Mindestlohn mitverantwortlich gemacht wird.

Tatsächlich verursacht die mangelnde Binnennachfrage die Wachstumsschwäche. Viele Jahre hatte die außenwirtschaftliche Entwicklung die deutsche Konjunktur getragen. Seit 2013 fällt der Außenhandel aber als Wachstumsmotor aus. Da der Exportüberschuss im Vergleich zum Vorjahr kleiner geworden ist, wird das Wachstum sogar nach unten gezogen. Dies wird auch für 2014 und 2015 erwartet.

Schon lange war klar, dass eine wirtschaftliche Entwicklung, die von steigenden Export-

überschüssen abhängt, höchst problematisch ist. Sie stößt früher oder später an Grenzen. Denn mit Exportüberschüssen ist notwendigerweise eine ständig steigende Auslandsverschuldung verbunden.

Sobald aber der Außenhandel das Wachstum nicht mehr anschiebt, hängt die wirtschaftliche Entwicklung ausschließlich von der Binnennachfrage ab. Diese wird nicht nur von der Einkommensentwicklung und der Nachfrage der privaten Haushalte bestimmt. Auch der Staat trägt mit seinen Ausgaben zur Binnennachfrage bei. Eine zentrale Rolle spielen zudem die Investitionen der Unternehmen.

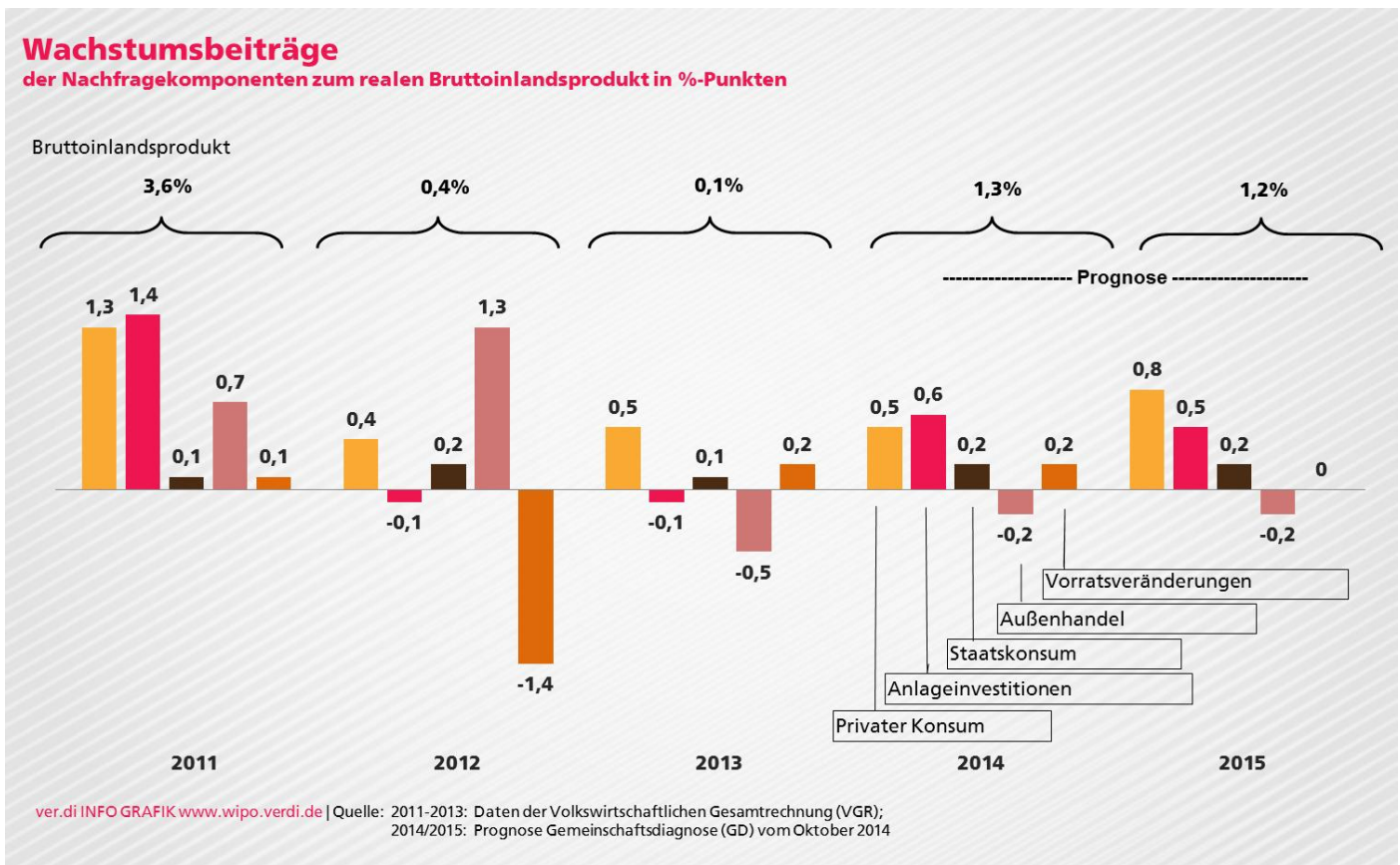
---

**» Entscheidend für das Wachstum ist die Entwicklung der Binnennachfrage.**

---

Aufgrund der gestiegenen Arbeitseinkommen nahm die Bedeutung des privaten Konsums für das Wachstum zu. Zwischen 2000 und 2010 war der private Verbrauch wegen zunächst sinkender, dann stagnierender Arbeitseinkommen als Wachstumsmotor ausgefallen. In den Jahren 2011, 2012 und 2013 trug der Konsum immerhin jeweils 1,3, 0,4 und 0,5 Prozentpunkte zum Wachstum bei.

Das ist zwar eine Verbesserung. Für einen „stabilen und breit angelegten Erholungskurs“ reicht das aber nicht aus, zumal die anderen Komponenten der Binnennachfrage – Staatskonsum und Anlageinvestitionen – sich nur schwach entwickeln. So werden seit Jahren die Staatsausgaben massiv gedrückt. Vor allem die öffentlichen Investitionen wurden stark heruntergefahren. Hier entstand ein riesiger Investitionsstau, so dass Deutschland inzwischen von der Substanz



lebt. Nicht einmal die zum bloßen Erhalt der Infrastruktur notwendigen Investitionen werden mehr getätigt. DER SPIEGEL brachte das Ergebnis kürzlich mit einer Titelgeschichte zum „Bröckelstaat“ auf den Punkt.

Für die schwache Binnennachfrage sind auch die sich seit 2008 schwach entwickelnden Anlageinvestitionen verantwortlich. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt

**» Der Staat drückt mit seiner Kürzungspolitik nicht nur die Binnennachfrage, sondern gefährdet auch den Wohlstand in Deutschland.**

(BIP) ist zwischen 2000 und 2013 von 23 auf 20 Prozent gefallen. Sie liegen damit trotz Eurokrise unter dem Durchschnitt des Euroraums. Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* beziffert die entstandene Investitionslücke auf

inzwischen rund eine Billion Euro.<sup>1</sup> 2013 waren die Anlageinvestitionen gegenüber dem Vorjahr sogar zurückgegangen, so dass sie das Wachstum gebremst haben. Auch für 2014 und 2015 tragen sie nach der Gemeinschaftsdiagnose mit 0,6 bzw. 0,5 Prozentpunkten wenig zum Wachstum bei.

Unter den Anlageinvestitionen hat besonders der Rückgang der Bauinvestitionen (Wohnungsbau, Infrastruktur) maßgeblich zur Investitionslücke beigetragen. Auch der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge), die den anderen Teil der Anlageinvestitionen bilden, liegt nur noch etwas über sechs Prozent des BIP. Anfang der 1990er Jahre waren es noch knapp zehn Prozent. Das Gros machen hier mit über 90 Prozent die privaten Ausrüstungsin-

<sup>1</sup> DIW Wochenbericht, Nr. 26, 2013.

vestitionen aus. Mangelnde Gewinne und fehlende Finanzierungsmöglichkeiten scheiden als Ursachen für deren Rückgang aus. Die Gewinne bewegen sich auf Rekordniveau, die Zinsen haben einen historischen Tiefststand erreicht. Verantwortlich für die Investitionsschwäche in diesem Bereich ist die schwache Nachfrage nach den Produkten der Unternehmen, ablesbar an einer starken Unterauslastung der Produktionskapazitäten. Diese hat sich seit 2012 noch einmal deutlich vergrößert. Kein Wunder, dass Unternehmen in einer Situation, in der die vorhandenen Produktionsanlagen nicht ausgelastet sind, nicht investieren.

Die seit dem Jahr 2000 erfolgte Umverteilung von den Arbeitseinkommen zu den Gewinnen stellt nicht nur ein großes Gerechtigkeitsproblem dar, sondern ist auch ökonomisch schädlich. Denn Unternehmen finden im Inland keinen ausreichenden Absatz. Mit der hieraus folgenden Investitionszurückhaltung schwächen sie die Binnennachfrage zusätzlich. Diese negative Ent-

wicklung wird umso deutlicher, wenn das Ausland nicht mehr als Lückenbüßer für die notwendige Nachfrage sorgt oder mangels Verschuldungsmöglichkeit sorgen kann.

Fatalerweise hat die Politik diese Situation weiter verstärkt: Niedrigere Unternehmenssteuern sollten für höhere Nettogewinne und Investitionen sorgen. Solange Kapazitäten aber nicht ausgelastet sind, werden Unternehmen nicht nennenswert investieren. Daran ändert sich nichts, wenn ihre Gewinne weniger stark besteuert werden. Dafür fehlen dem Staat Einnahmen, um notwendige Ausgaben tätigen zu können. Das Ergebnis ist heute zu besichtigen:

---

**» Die Binnennachfrage muss durch höhere Löhne und Staatsausgaben gestärkt werden.**

---

Unternehmen mit Rekordgewinnen, die aber nicht investieren, weil die Binnennachfrage danniederliegt. Und ein Staat, der notwendige Investitionen unterlässt und so die Binnennachfrage weiter schwächt.

## Weltwirtschaft schwächer, Euroland kriselt

Der Exportmotor wird das Wachstum auch in naher Zukunft nicht ankurbeln. Denn auch der Aufschwung der Weltwirtschaft lässt nach. Der *Internationale Währungsfonds* (IWF) korrigierte seine Prognose für das weltweite Wachstum ebenfalls nach unten – von ursprünglich 3,7 auf 3,3 Prozent. Ursächlich für die jüngste konjunkturelle Abschwächung sind die geopolitischen Großkonflikte im Irak, in der Ukraine und in Israel. Steigende Energiepreise und weniger Investitionen infolge steigender Unsicherheit bremsen hier das Wachstum. Einige Volkswirtschaften der

Schwellenländer verlieren ebenfalls an Schwung. Dagegen wachsen die USA – nicht zuletzt wegen des anhaltenden Bevölkerungswachstums – noch relativ stark. Für 2014 wird ein Wachstum von über zwei Prozent erwartet.

Im Gegensatz zur US-Wirtschaft droht der Erholung des Euroraums das Aus. Aktuell werden auch die optimistischen Prognosen für die Eurozone nach unten korrigiert. Der IWF erwartet im laufenden Jahr nur noch ein karges Wachstum von 0,8 Prozent und damit einen Rückfall in die Stagnation.

Die schwache wirtschaftliche Entwicklung der Euro-Schwergewichte Italien und Frankreich belastet die Euro-Konjunktur. Die französischen und italienischen Haushaltskürzungen und „Strukturreformen“ – wie von der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und Kanzlerin Merkel immer wieder gefordert – drosseln das Wachstum und zerstören Arbeitsplätze. Spanien und Portugal sind zwar auf leichtem Wachstumskurs. Die Arbeitslosigkeit verharrt jedoch auf historisch hohem Niveau. Hierzulande sorgt Wolfgang Schäubles Prestigeobjekt der „schwarzen Null“ bereits für den Bundeshaushalt 2015 dafür, dass Deutschland seine wachstumspolitischen Spielräume nicht zum Wohle Europas nutzt. Daher ist es bis heute nicht gelungen die innereuropäischen Ungleichgewichte bei den Handels- und Kapitalströmen abzubauen.

Der europaweite Nachfragemangel belastet auch die Preise. Der Eurozone droht Deflation. Die EZB kämpft mit einer Politik des billigen Geldes gegen den Preisverfall. Ihre Mittel sind jedoch so gut wie ausgeschöpft. Der Leitzins wurde bereits auf ein Rekordtief von 0,05 Prozent gesenkt. Jetzt kündigte die EZB sogar an, Schrottpapiere zu kaufen, um den kriselnden Banken unter die Arme zu greifen. In den Bilanzen der europäischen Banken befinden sich noch immer faule Wertpapiere im Wert von fast einer Billion Euro. Mit Hilfe des EZB-Aufkaufprogramms soll die Kreditvergabe in Südeuropa wieder in Schwung kommen. Das wird jedoch nicht gelingen. Günstigere Finanzierungsbedingungen ersetzen keine fehlende Nachfrage.

Die europäische Krise kann nur überwunden werden, wenn ihre Ursachen bekämpft werden.

---

**» Im fünften Jahr nach der großen Krise hat sich die Eurozone noch immer nicht erholt.**

---

Ohne einen finanz- und lohnpolitischen Kurswechsel wird sich die Wachstumsschwäche fortsetzen. Die ökonomisch schädliche Kürzungspolitik muss gestoppt werden. Auch mit den sogenannten Strukturreformen muss endlich Schluss sein. Die Zerschlagung der Flächentarifverträge drückte die südeuropäischen Löhne und verschärfte so die Krise.

Der nötige politische Kurswechsel erfordert eine offensive Auseinandersetzung mit den europäischen Schuldenregeln. Der europäische Fiskalpakt hindert viele EU-Mitgliedsstaaten am Investieren. Wenn die wirtschaftlich unsinnigen Schuldenregeln schon nicht abgeschafft werden können, dann müssen sie zumindest gelockert werden. Es ist richtig, dass Frankreich und Italien nach langem wirtschaftspolitischem Irrweg sich endlich weigern, das regelgebundene Brüsseler Spardiktat weiter zu befolgen.

Europa braucht jetzt ein umfangreiches Aufbau- und Entwicklungsprogramm, einen „Marshallplan“. Milliarden schwere private und öffentliche Investitionen schaffen Wachstum und Beschäftigung. Diese Investitionen sollten bevorzugt in die Bereiche Verkehr, Energie, Gesundheit, ökologischen Umbau und Bildung fließen. Finanziert werden kann ein solches europäisches Investitionsprogramm durch einen Zukunftsfonds, der aus einer europäischen Vermögensabgabe und privatem Kapital gespeist wird.

---

**» Allein mit einer Politik des billigen Geldes lässt sich kein Aufschwung herbeizaubern.**

---



---

**» Wer in der Krise die öffentlichen Ausgaben kürzt, wird nur weniger Wachstum, dafür aber steigende Arbeitslosigkeit und höhere Schulden ernten.**

---

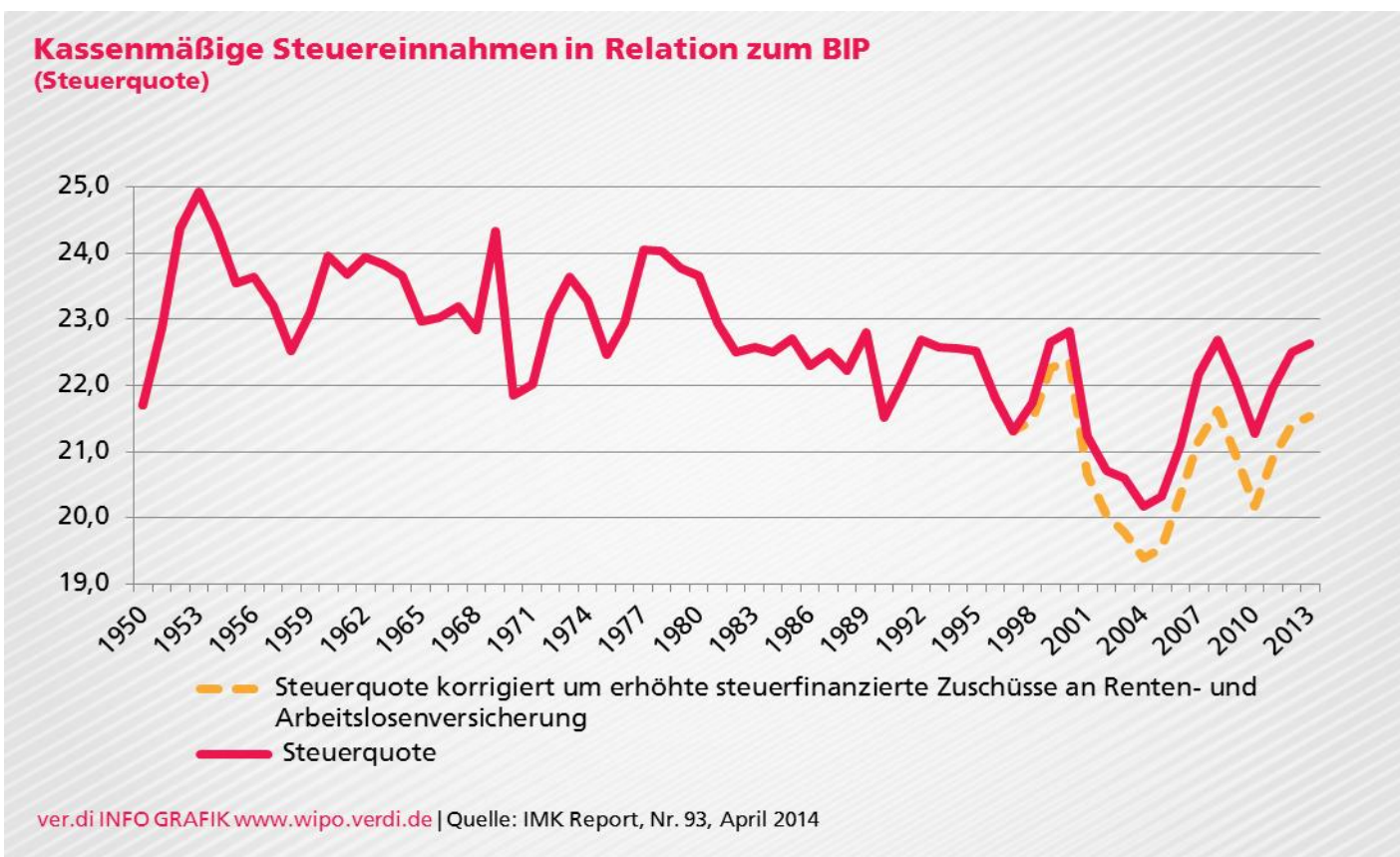
## Öffentliche Finanzen: Spielräume nutzen

Die öffentlichen Finanzen entwickeln sich im laufenden Jahr und nach den bisherigen Prognosen auch im nächsten stabil und positiv. Von Januar bis August 2014 haben Bund und Länder 2,7 Prozent mehr eingenommen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Steuerschätzung vom Mai 2014 prognostiziert für 2014 einen weiteren Anstieg der Steuereinnahmen um 3,3 Prozent und 4,2 Prozent für 2015. Damit es jedoch hierzu kommt, muss der drohenden wirtschaftlichen Abschwächung durch eine Stärkung der Binnenwirtschaft entgegengewirkt werden.

Schäubles Planungen gehen dagegen nicht nur dahin, dass der Bund ab 2015 ohne neue Schulden auskommt. Die Länder sollen in ihrer Gesamtheit sogar Überschüsse erzielen. Die Ge-

meinden erzielten diese bereits 2013, wobei die Unterschiede zwischen finanzstärkeren und hoch verschuldeten Städten immer größer werden. Auch Bremen, das Saarland und einige andere Länder weisen weiterhin erhebliche Defizite auf. Zudem ist die auf den ersten Blick günstige Finanzlage Folge massiver Kürzungen bei öffentlichen Investitionen, Leistungen und Personalausgaben. Mittlerweile sind die Nettoinvestitionen des Staates seit über zehn Jahren negativ. Es gibt einen öffentlichen Investitionsstau von mehreren hundert Milliarden Euro. Jährliche Mehrausgaben für Zukunftsinvestitionen in Höhe zweistelliger Milliarden Euro-Beträge sind notwendig.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden: IMK-Steuerschätzung 2014 – 2018, IMK-Report 93, April 2104



Die öffentlichen Haushalte sind erheblich unterfinanziert. Die Steuereinnahmen liegen weiterhin etwa 40 Milliarden Euro unter den Projektionen vor der Finanzkrise. Die Steuerquote – die Steuereinnahmen in Prozent des BIP – liegt unter dem Niveau früherer Jahrzehnte. Grund dafür sind die massiven Steuersenkungen des vergangenen Jahrzehnts, die weiterhin die Einnahmen um etwa 50 Milliarden Euro jährlich vermindern. Die ver.di-Forderungen für höhere Steuereinnahmen durch eine gerechtere Besteuerung hoher Einkommen und Gewinne sowie großer Vermögen und Erbschaften bleiben aktuell. Von möglichen Mehreinnahmen von gut 80 Milliarden Euro jährlich würden etwa 60 Milliarden auf die Länder und ihre Kommunen entfallen und deren finanzielle Spielräume entscheidend erweitern.<sup>3</sup>

CDU und CSU haben in den Koalitionsverhandlungen allerdings alle Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit und höheren Einnahmen blockiert. Gegenwärtig könnte der Staat auch zu historisch niedrigen Zinsen Kredite aufnehmen, um die öffentliche Infrastruktur zu erneuern und damit zugleich wichtige Impulse für qualitatives Wachstum zu setzen. Selbst unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse wären 2015 noch 20 Milliarden Euro und ab 2016 jährlich rund 10 Milliarden Euro zusätzliche Kreditaufnahme möglich.<sup>4</sup> Auch diesen

**» Bund und Länder müssen die Spielräume für höhere Investitionen, mehr Personal und höhere Einkommen nutzen.**

haushaltspolitischen Spielraum nutzt die Bundesregierung nicht.

Stattdessen entwickelt sie neue Pläne, Finanzierung und Betrieb öffentlicher Investitionen und Infrastruktur verstärkt an private Konzerne, Banken und Versicherungen zu vergeben. Damit würden ihnen lukrative und sichere Profitquellen erschlossen. So will etwa die Allianz Renditezusagen von mindestens sieben Prozent. Dann würde sie in den Bau von Autobahnen und in andere Infrastrukturprojekte investieren. Das ist ein Vielfaches der Zinssätze für öffentliche Kredite. Zuletzt hat der Bundesrechnungshof vorgeordnet, dass die Kosten solcher Projekte viel höher sind, als die Durchführung durch den Staat.

Ende 2019 läuft der Solidarpakt II für die ostdeutschen Länder aus. Auch der Länderfinanzausgleich und die Zuweisungen des Bundes müssen neu geregelt werden. Die Geberländer Bayern (bis in die 1990er Jahre selbst Empfängerland), Baden-Württemberg und Hessen fordern einen Abbau der Umverteilung zu den finanzschwachen Ländern. Der Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer, der dem Bund zufließt, steht ebenfalls unter Beschuss. Bayern fordert gleichzeitig, dass die Länder niedrigere Steuersätze festsetzen können. Bundesfinanzminister Schäuble für die CDU/CSU und Hamburgs Bürgermeister Scholz für die SPD wollen den „Soli“ in den allgemeinen Steuertarif integrieren und zugleich die „kalte Progression“ ohne Gegenfinanzierung abbauen.

Von diesen „Reformen“ würden die einkommensstärkeren Länder und Regionen profitieren, die finanzschwächeren Länder weiter geschwächt. Die Abschaffung des „Soli“ und der Abbau der „kalten Progression“ ohne die von ver.di geforderte Gegenfinanzierung durch eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen und

<sup>3</sup> Vgl. ver.di Konzept Steuergerechtigkeit, Ergebnisse der Aktualisierung und Verteilung der Mehreinnahmen auf Bundesländer und ihre Städte und Gemeinden, Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 1, Januar 2014

<sup>4</sup> Vgl. Anhaltender Verfall der Infrastruktur, IMK-Report 94, Juli 2014, S. 14



hohen Einkommen würde vor allem große Einkommen entlasten. Zugleich würden die Finanzprobleme der öffentlichen Haushalte vergrößert, und unter weiteren Kürzungen würden vor allem finanzschwache Bevölkerungsgruppen und Regionen zu leiden haben. Die Bedarfe aller, vor allem aber hoch belasteter Länder und Kommunen müssen besser als bisher finanziert werden.<sup>5</sup>

Jetzt kommt es darauf an, die finanzpolitischen Möglichkeiten und Spielräume für Zukunftsinvestitionen, für mehr Personal in Bildung und sozialen Dienstleistungen sowie für höhere

---

**» ver.di fordert eine solidarische Neuregelung der Finanzbeziehungen.**

---

Einkommen im öffentlichen Dienst zu nutzen und zu stärken. So können die Lebensbedingungen der Menschen verbessert, der sozial-ökologische Umbau vorangebracht und die inländische Nachfrage gestützt und damit die Wirtschaft und die Beschäftigung stabilisiert werden. Mittlerweile fordern sogar der IWF, die OECD, die EU-Kommission und die EZB, dass Deutschland auf diese Weise einen aktiven Beitrag gegen die Krise im Euro-Raum leistet, anstatt weiter eine sozial zerstörerische und Krisen verschärfende Kürzungspolitik zu verlangen. Dabei sind Impulse durch höhere öffentliche Ausgaben weit aus wirksamer und zudem sozial gerechter als Steuererleichterungen.<sup>6</sup>

## Kräftige Lohnzuwächse sichern Erholung

Nach der großen Finanzmarktkrise gab es eine positive Trendwende bei den Löhnen. Die gesamten Bruttolöhne und -gehälter steigen real wieder. 2012 und 2013 nahmen sie sogar stärker als die Gewinn- und Vermögenseinkommen zu.

Die Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt haben sich verändert. Arbeit ist knapper geworden. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Zudem gibt es aus demographischen Gründen weniger Arbeitskräfte. Beides stärkte die Verhandlungsposition der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, so dass auch bessere Tarifabschlüsse durchgesetzt werden konnten.

Steigende Reallöhne beleben den privaten Konsum und tragen maßgeblich zu einem stärker binnenmarktorientierten Wachstum bei. Diese

Entwicklung gilt es zu verstärken. Dafür müssen die Löhne auch in den nächsten Jahren kräftig zulegen.

Für die allgemeine Lohnentwicklung spielen die Tarifabschlüsse eine zentrale Rolle.

Zwar kommt das, was Gewerkschaften verhandeln, nicht bei allen Beschäftigten an. Hierzulande werden nur noch drei von fünf Beschäftigten durch einen Tarifvertrag geschützt. Dennoch sind die Tarifabschlüsse nach wie vor der Anker der Einkommensentwicklung. Zudem hat die schwarz-rote Koalition die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert, so dass mehr Beschäftigte in den Genuss von guten Tarifabschlüssen kommen werden.

---

**» Arbeit ist knapper geworden. Das stärkt die Verhandlungsposition der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.**

---

<sup>5</sup> Vgl. Solidarisch und gleichwertig - zur Zukunft des Länderfinanzausgleichs, ver.di Bundesvorstand 2014

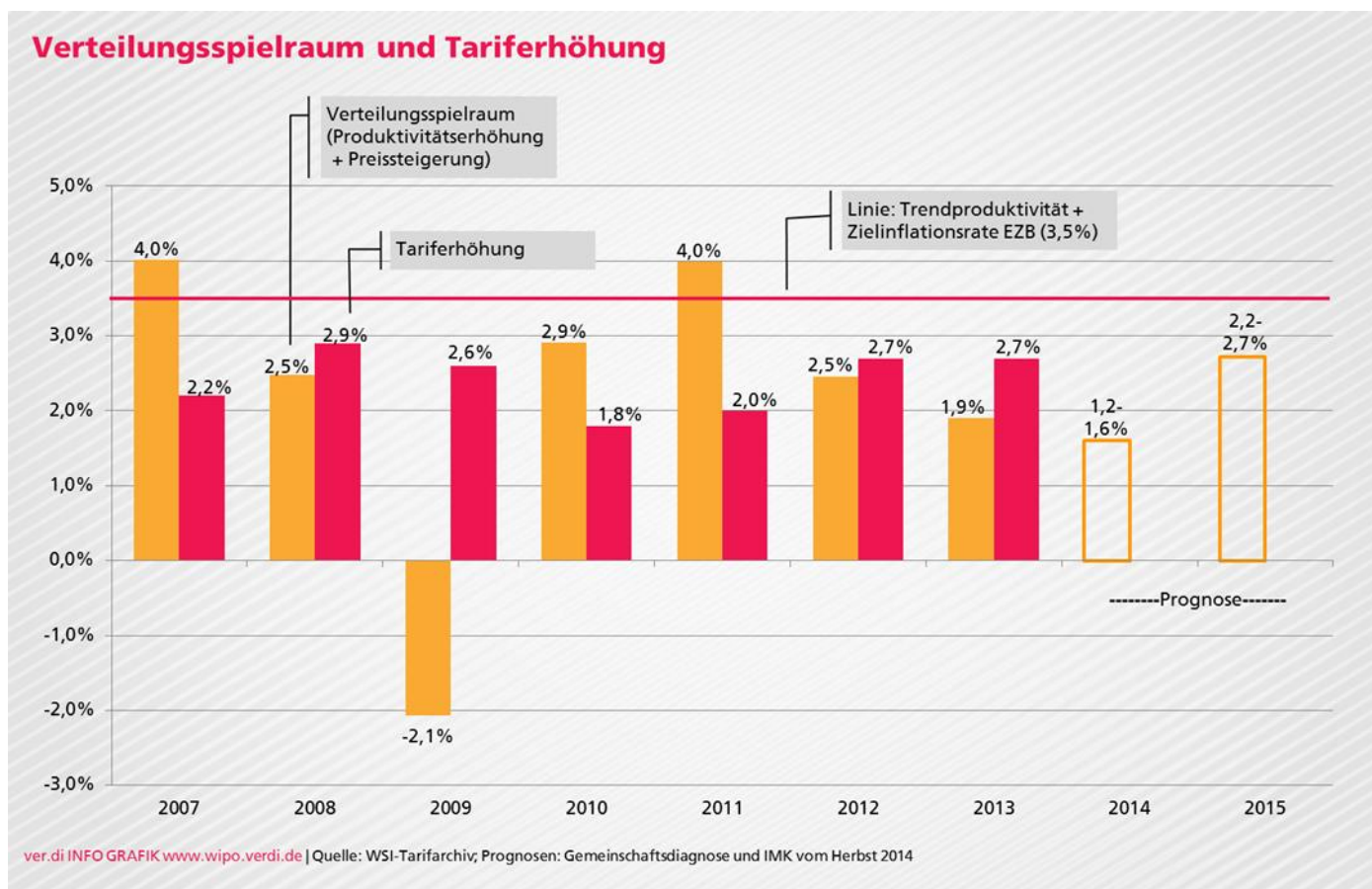
<sup>6</sup> Vgl. Streitfall Fiskalpolitik, IMK-Report 92, April 2014

Die deutschen Gewerkschaften orientieren sich bei der Aufstellung ihrer Tarifforderungen am so genannten verteilungsneutralen Spielraum. Dieser setzt sich zusammen aus der erwarteten Preissteigerung und dem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Wenn das Lohnplus genau diese Schwelle erreicht, ändert sich an der Verteilung von Arbeit und Kapital nichts. Lohn- und Gewinnquote bleiben konstant. Die Beschäftigten werden am wirtschaftlichen Zuwachs beteiligt. Das war in der Vergangenheit vielfach nicht der Fall.

Für 2015 wird ein Zuwachs der Verbraucherpreise zwischen 1,3 (IMK) und 1,4 Prozent (GD) erwartet. Die Arbeitsproduktivität soll zwischen 0,8 (GD) und 1,4 Prozent (IMK) steigen. Daraus

ergibt sich ein verteilungsneutraler Spielraum zwischen 2,2 (GD) und 2,7 Prozent (IMK).

Da die Produktivität im Konjunkturverlauf stark schwankt, ist es sinnvoll, sich am langfristigen Trend zu orientieren. Dieser liegt bei einem Plus von jährlich knapp 1,5 Prozent. Hinsichtlich der Preisentwicklung empfiehlt es sich, anstelle der nationalen Preisentwicklung die Zielinflationsrate der EZB für den gesamten Währungsraum zu nehmen, die aktuell bei zwei Prozent liegt. Das wäre eine wichtige Voraussetzung, damit sich in einem gemeinsamen Währungsraum Löhne und Preise in gleichem Maße entwickeln. Sonst droht die Spaltung des Euroraums in mehr und weniger wettbewerbsstarke Mitgliedsstaaten.



Unter Berücksichtigung der Trendproduktivität und der Zielinflationsrate ergibt sich für 2015 ein verteilungsneutraler Spielraum von 3,5 Prozent. Folglich gibt es für 2015, abhängig von der Berechnung, eine Spanne für den verteilungsneutralen Spielraum zwischen 2,2 und 3,5 Prozent. Wenn darüber hinaus, die Umverteilung zu Lasten der Löhne tendenziell rückgängig gemacht werden soll, müssen die Abschlüsse über

---

» **Der verteilungsneutrale Spielraum liegt 2015 zwischen 2,2 und 3,5 Prozent.**

---

dem verteilungsneutralen Spielraum liegen. Entsprechend höher müssen die Forderungen sein.

Kräftige Tariflohnsteigerungen sind eine notwendige Voraussetzung für eine gute Lohnentwicklung im nächsten Jahr. Und die Bedeutung guter Tarifabschlüsse für das gesamte Arbeitnehmerentgelt wächst mit steigender Tarifbindung. Zudem wird die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro ab 2015 die allgemeine Lohnentwicklung stützen. Insgesamt sind das gute Bedingungen, um die positive Trendwende bei den Löhnen fortzusetzen und damit die wirtschaftliche Entwicklung durch eine Stärkung der Binnennachfrage zu stabilisieren.

---

#### Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Bsirske  
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Sabine Reiner, Dr. Norbert Reuter, Anita Weber  
Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de